
Resolution

der Hochschulen für den öffentlichen Dienst (HöD) in Deutschland für Offenheit und Toleranz

Die Hochschulen für den öffentlichen Dienst in Deutschland, vertreten durch deren Rektorenkonferenz, wollen mit dieser Resolution ein Signal setzen, das die Menschen in der Verwaltung aber auch darüber hinaus zu Toleranz und Offenheit auffordert. Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

Nicht nur angesichts der aktuellen gesellschaftspolitischen Ereignisse wollen die Hochschulen für den öffentlichen Dienst in Deutschland ihrer besonderen Verantwortung gerecht werden und mit dieser Resolution ein Signal setzen, das die Menschen zu Toleranz und Offenheit auffordert.

In Anbetracht der problematischen Entwicklungstendenzen der Abschottung gegenüber Fremden und Neuem sowie der Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer Religion und Abstammung, sehen sich die Mitglieder der Rektorenkonferenz der Hochschulen für den öffentlichen Dienst aufgefordert, ein Zeichen für Multikulturalität, Internationalität und Kooperation zu setzen. Diese Strömungen sind nicht nur in Deutschland durch die „PEGIDA“-Bewegung, sondern auch im europäischen Ausland, wie der Schweiz oder Frankreich, zu beobachten.

Denn insbesondere die Hochschulen verdanken ihre Existenzberechtigung vor allem dem freien, kooperativen und grenzüberschreitenden Austausch von Gedanken, Ideen und Innovationen. Diese Offenheit, Toleranz und Akzeptanz von neuen Entwicklungen zählt zum

Lebenselixier aller Hochschulen. Freiheit von Forschung und Lehre ist ohne diesen offenen, toleranten Austausch in keiner Weise denkbar. Insofern wollen die Hochschulen für den öffentlichen Dienst in Deutschland nachhaltig dazu beitragen, dass reale Grenzen und die Grenzen in den Köpfen überwunden und nicht noch weiter aufgebaut werden.

Die Hochschulen für den öffentlichen Dienst sehen aber auch in besonderer Weise die öffentliche Verwaltung selbst in der Verantwortung, die ja maßgeblicher Abnehmer der Absolventen ist. Die Innovationskonzepte für die öffentliche Verwaltung machen deutlich, dass es in wachsendem Maße um die Menschen in der Verwaltung und die Bürgerinnen und Bürger selbst geht – und diese sind zunehmend eben nicht mehr nur ausschließlich deutscher Herkunft.

Die zunehmende Zahl an Menschen mit Migrationshintergrund, die in kommunalen und staatlichen Verwaltungen arbeiten, ist damit aber nicht nur eine sozioökonomische Notwendigkeit durch den demographischen Wandlungsprozess, sondern vor allem auch eine große kulturelle Chance, die wir alle im Sinne eines offenen gesellschaftlichen Entwicklungs- und Verständigungsprozesses nutzen sollten.

In diesem Sinne treten die Hochschulen für den öffentlichen Dienst nachhaltig für eine offene und tolerante Gesellschaft mit einer ebenso offenen und toleranten öffentlichen Verwaltung ein!

Kassel im Februar 2015

Das Präsidium der Rektorenkonferenz der Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst in Deutschland

Präsident Rainer Grieger, Rektor der Fachhochschule für Polizei des Landes Brandenburg, Oranienburg

Prof. Dr. Dr. h.c. Erich Keller, Rektor der Hochschule der Deutschen Bundesbank, Hachenburg

Prof. Dr. Jürgen Stember, Dekan am Fachbereich „Verwaltungswissenschaften“ an der Hochschule Harz, Halberstadt

Direktor Klaus Weisbrod, Hochschule für öffentliche Verwaltung Rheinland-Pfalz, Mayen

Prof. Paul Witt, Rektor der Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl und Präsident der Rektorenkonferenz der Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst